

Agorá-Projekt Res Publica

1. Seit 2005 gibt es in Deutschland die Möglichkeit der »Öffentlichen Petition« an den Deutschen Bundestag. Es wurde dafür auf der Website des Bundestages eine Abteilung eingerichtet, über welche die Petitionen einerseits eingereicht und dann durch »Mitzeichnung« unterstützt werden können.

In den letzten Tagen kam diese Möglichkeit der demokratischen Mitwirkung deshalb in einen etwas breiteren Fokus der Wahrnehmung, weil aktuell eine der dort zahlreich eingebrachten Petitionen stärker unterstützt wurde als alle anderen Eingaben zuvor. Es handelt sich um eine Petition zum »Bedingungslosen Grundeinkommen«.

2. Als am vergangenen Wochenende dann kurz vor Ende der Mitzeichnungsfrist am 10. Februar 2009 die Zahl der Unterstützungen um die 20.000 lag, war der Server von dem Ansturm des Unterstützungswillens aus der Bürgerschaft überfordert und musste zeitweilig vom Netz genommen werden. Die Mitzeichnungsfrist wurde um eine Woche verlängert, damit die politisch engagierten Menschen weiterhin ihr Recht zur Partizipation ausüben können.

Aber selbst wenn das Server-Problem inzwischen definitiv behoben wäre: In der kurzen auf sechs Wochen begrenzten Zeichnungsfrist kann nicht festgestellt werden, wie groß der politische Wille für ein bestimmtes Anliegen ist. Demokratie braucht Zeit und Demokratie braucht die intensive öffentliche Diskussion unter den Bürgerinnen und Bürgern und in den Medien.

3. Weder die Internetseite des Bundestages noch andere Angebote zu sog. Online Petitionen erfüllen diese Bedingungen für den demokratischen Prozess hinreichend.

Was nützt ist ein öffentlich für jedermann leicht zugänglicher *virtueller Versammlungsort* – wie im antiken Griechenland die *Agorá* es war – damit alle, die sich an den politischen Angelegenheiten und insbesondere an den Aufgaben der Gesetzgebungen, also an dem, was in der Demokratie ihre Sache – die *res publica* – ist, aktiv beteiligen wollen, darüber sich • *erstens* authentisch informieren, • *zweitens* hinreichend diskutieren und beraten können, und • *drittens* genügend Zeit haben für die *Urteils- und Willensbildung* zu den jeweiligen Sachverhalten und vorgeschlagenen Regelungen. Dieser dritte Schritt könnte dann im Beitritt zu einer bestimmten, an den parlamentarischen Gesetzgeber gerichteten Volksinitiative oder Petition – oder wo bereits möglich zu einem Volksbegehren – seinen Ausdruck finden. Hier ginge es dann darum, möglichst viele Unterstützerinnen und Unterstützer, letztlich die demokratische Mehrheit konkret zu versammeln, weil nur sie die Legitimation für geltendes Recht erzeugen kann.

4. Ein solcher Ort könnte sich dergestalt auch zum *systemischen* Zentrum für die mediale Wahrnehmung und Berichterstattung im Vorfeld des parlamentarischen oder direkt-demokratischen Prozesses entwickeln. Die klassischen Massenmedien – Print, Funk und Fernsehen – würden sich dann aus eigenem Interesse dem Geschehen auf diesem einzurichtenden virtuellen Boden genauso aufmerksam zuwenden, wie sie es heute etwa in Bezug auf die Parteienlandschaft und den Parlamentarismus tun.

5. **AKTUELL** hätte es darum zu gehen, dass der laufende Vorgang der Willensbildung in der oben genannten Petition nicht zum Erliegen kommt und der »Schneeball« weiterrollt. Es müssten daher schnell die Bedingungen dafür geschaffen werden, dass der begonnene demokratische Vorgang fortgeführt werden kann. Dazu bedarf es eines »Anbieters«, der kurzfristig die nötige Serverleistung bereitstellen und darüber hinaus auch die mediale Aufmerksamkeit erzeugen könnte. Wessen Ressourcen wären dazu am ehesten in der Lage?

LANGFRISTIG könnte dies der Auftakt für ein *Agorá-Projekt Res Publica* sein, wie es vorstehend skizziert ist.

Die Initiatoren dieser Projektidee – *Wilfried Heidt* & *Gerhard Schuster* – sind in Deutschland und Österreich, wie auch auf europäischer Ebene mit zivilgesellschaftlichen Initiativen für den Ausbau der Demokratie durch *dreistufige Volksgesetzgebung* aktiv – s. www.wirsinddeutschland.org - www.volksgesetzgebung-jetzt.at - www.impuls21.net